

vermerkt werden. Zwar wird die Geschichte der Industrialisierung an einzelnen Beispielen angerissen, doch die Unternehmensgeschichte und die Politik einzelner Unternehmer wie Unternehmervverbände bleibt bis auf Ausnahmen (P. Borscheid, H. Pogge von Strandmann, R. Neebe) ausgespart, wie insgesamt die spezifische Problematik des Verhältnisses von Industrie und Politik auf kommunaler und Landes-Ebene kaum thematisiert wird. Auch Probleme der Rekrutierung und Entwicklung der Arbeiterschaft – von der Binnenwanderung bis zum Zuzug ausländischer Arbeitnehmer – werden nur vereinzelt angesprochen (H. G. Steinberg), nicht jedoch ausführlich mit ihren weitreichenden Folgen analysiert. Ebenso sieht es mit der Frage nach der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und nach den Veränderungen der Arbeitsbedingungen aus, die nur in begrenztem Ausmaß behandelt werden (K. Tenfelde, W. F. Werner). Auch die Darstellung von Kunst und Kultur bleibt einer engen perspektivischen und begrifflichen Umgrenzung verhaftet, die den Bereich des Alltags – eine Ausnahme bildet L. Niethammers »Sondervortrag« über »Alltagserfahrung und politische Kultur. Beispiele aus dem Ruhrgebiet« – weitestgehend vernachlässigt: Familienleben, Wohnen und Ernährung sind Themen, die nur am Rande angesprochen werden. Wie veränderten sich die Rollen und Rollenbilder von Mann, Frau und Kind, wie die Aufgabenverteilung zwischen den Generationen? Die Auswirkungen der Katastrophen der deutschen Geschichte, die Folgen von Kriegen und Krisen für das Leben der Betroffenen werden kaum untersucht. Fragen nach dem Verhältnis von Natur und Technik, von Umwelt und Industrie liegen außerhalb des Themenbereiches, der in den »Beiträgen zur Landesgeschichte« behandelt wird.

Gewiß ließe sich die Liste der Lücken verlängern; daß dies kein Vorwurf an die Autoren ist, versteht sich von selbst. Diese Hinweise können vielmehr illustrieren, wie »traditionell« die thematische Konzeption der Essener Tagung zugeschnitten war. Denn gerade zu den hier aufgelisteten Fragen gibt es eine Reihe von neueren Forschungsarbeiten und -projekten³, die noch nicht so weit gediehen sind, daß man hätte erwarten können, sie in den »Standardwerken« zur rheinischen bzw. westfälischen Geschichte berücksichtigt zu finden; bei einer der aktuellen Bestandsaufnahme und der Diskussion dienenden Tagung sieht das jedoch anders aus; hier hätte man sich wohl mehr Offenheit für neuere Themen der Sozialgeschichte gewünscht.

Ein Verdienst bleibt der Essener Tagung indessen unbestritten: Sie bedeutet einen Meilenstein auf dem Weg zu einer integrierten rheinisch-westfälischen Geschichtsdarstellung. Erst ein wenig näher an diesem Ziel wird man aber wohl beurteilen können, ob das Diktum der Herausgeber, das Land Nordrhein-Westfalen sei zwar eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, aber »eben kein künstliches Gebilde« (Bd. 1, S. 18), nicht doch nur für den Wirtschaftsraum des Ruhrreviers gilt.

Michael Schneider, Bonn

Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von der Württembergischen Landesbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger und dem Verband der Druckindustrie in Baden-Württemberg, Red. Klaus Dreher, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 1983, 384 S., Pb., 25 DM.

Neben der gleichfalls 1983 erschienenen Arbeit von Norbert Deuchert (Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832–1848/49, Stuttgart 1983) hat der Konrad Theiss Verlag eine zweite Veröffentlichung

³ Als Überblick: »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.« Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, hrsg. von Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilman Fichter, Ulrich Borsdorf. Mit einem Vorwort von Johannes Rau, Berlin/Bonn 1984.

vorgelegt, die die Geschichte der Presse im südwestdeutschen Raum behandelt. Die acht Autoren des Bandes, der das Begleitbuch zu einer Ausstellung der Württembergischen Landesbibliothek bildet, sind in der Mehrzahl Journalisten bzw. Mitarbeiter aus den Verbänden der Druckindustrie und der Zeitungsverleger. Die ersten drei Beiträge des Bandes geben einen Gesamtüberblick über die südwestdeutsche Zeitungsgeschichte bis 1933 (*Theodor Stein*), thematisieren die Geschichte der schwäbischen Zeitungen zwischen Spätaufklärung und Gründerzeit (*Otto Borst*) sowie die Zensurpraxis bis zur Verabschiedung des Reichspressegesetzes 1874 (*Günter Stegmaier*). Hierauf folgen drei Aufsätze, die in chronologischer Folge die Geschichte der Presse in Baden-Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus (*Johannes Binkowski*), in den ersten Nachkriegsjahren (*Uwe Möninghoff*) und von 1953 bis in die unmittelbare Gegenwart (*Jan Leemreijze*) behandeln. Die beiden letzten Beiträge sind der Geschichte der Zeitungsdrucktechnik (*Peter R. Kuhn*) und der Entwicklung des Nachrichtenwesens (*Heinz Bartsch*) gewidmet. Eine sinnvolle Ergänzung des Aufsatzteils bilden die vom Verband südwestdeutscher Zeitungsverleger zusammengestellten Kurzportraits baden-württembergischer Zeitungen sowie eine Auswahlbibliographie zur südwestdeutschen Zeitungsgeschichte.

Fördert die Einbeziehung von Journalisten in den Autorenkreis auch die Lesbarkeit des Bandes, das Qualitätsgefälle zwischen den einzelnen Beiträgen bleibt unübersehbar. So werden in der Chronologie *Theodor Steins*, der den mit Abstand umfangreichsten Beitrag verfaßt hat, Wendepunkte und Zäsuren in der Geschichte des Kommunikationsmediums Zeitung nur andeutungsweise herausgestellt. Wer wie Stein die allgemeine politische und soziale Entwicklung in seiner Darstellung weitgehend ausblendet, vermag zwangsläufig die einzigartige Entfaltung von politischer Presse und politischer Öffentlichkeit in der Zeit des Vormärz im Großherzogtum Baden nicht angemessen zu würdigen. Die Entstehung der politischen Presse als Sprachrohr der öffentlichen Meinung brachte den Journalismus und den Journalisten erst eigentlich hervor. Wie von Deuchert überzeugend belegt, gewann die Presse im Vormärz erstmals Bedeutung auch für breitere Schichten der Bevölkerung. Wäre Steins detailreichem Beitrag, wobei für die Weimarer Zeit die Existenz einer KPD-Tagespresse nicht unerwähnt bleiben sollte, eine stärkere Systematisierung zu wünschen, bleibt uns *Binkowski* in seinem Beitrag über die NS-Zeit jene Beispiele schuldig, die den von ihm konstatierten »inneren Widerstand« (S. 165) einzelner Zeitungen gegenüber den auf die völlige Gleichschaltung der öffentlichen Meinung zielenden Maßnahmen von Partei und Staat belegen könnten. Was bedeutete es für das dem Leser offerierte Informationsangebot, wenn z. B. der Schwarzwälder Bote seine verlegerische »Unabhängigkeit« behaupten konnte (S. 164)?

Die im Jahre 1945 bei den publizistischen Medien gegebene Nullpunktsituation wird in den Beiträgen von *Möninghoff* und *Leemreijze* hervorgehoben. Das NS-Pressemonopol hatte die aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrührende Vielfalt parteieigener bzw. parteipolitisch gebundener Presseorgane vollständig zerstört. Der Niedergang der nach 1945 neu begründeten Tendenzpublizistik sollte jedoch nicht ausschließlich als Folge der restriktiven amerikanischen Lizenzierungspraxis und des auch in der französischen Zone gegebenen publizistischen Vorsprungs der »überparteilichen« Zeitungen interpretiert werden. Ein weitergehender Deutungsversuch müßte z. B. auf ein soziologisches Erklärungsmodell zurückgreifen, wie es von Rainer M. Lepsius für die Interpretation des gesellschaftlichen Wandels zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik vorgeschlagen worden ist. Der von *Leemreijze* uneingeschränkt positiv beurteilte Erfolg der »überparteilichen« Presse bedeutet letztendlich auch einen Verlust an Meinungsvielfalt, vor allem wenn in einzelnen Regionen die lokale Berichterstattung gänzlich in den Händen eines einzelnen großen Monopolblattes liegt.

Insgesamt gesehen hätte man dem mit einer Vielzahl bisher wenig bekannter Informationen aufwartenden und mit reichlich Illustrationen versehenen Sammelband in methodischer

Hinsicht eine stärkere Orientierung an dem Beitrag von *Otto Borst* gewünscht. Als einziger Autor bemüht sich Borst konsequent darum, den Leser und die sich wandelnde Organisation des Lesens in seine schwäbische Zeitungsgeschichte miteinzubeziehen. Borst beschreitet jenen Weg, den eine Sozialgeschichte der südwestdeutschen Presse zu gehen hätte, die die Beziehung zwischen Informationsgeber und Informationsnehmer berücksichtigt und die politische Rolle der Presse, ihren Gebrauch und ihren Mißbrauch, nicht aus den Augen verliert.

Christian Peters, Heidelberg

Peter Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert (= Neue Historische Bibliothek; edition suhrkamp NF, Bd. 244), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1984, 203 S., kart., 12 DM.

Der Bochumer Sozial- und Wirtschaftshistoriker P. Marschalck hat sich mit diesem Buch, das die demographisch wohl interessantesten Entwicklungen der deutschen Bevölkerungsgeschichte unter Einarbeitung der modernsten Forschungsergebnisse und unter Auswertung der verfügbaren Statistiken darstellt, das Verdienst einer Pionierleistung erworben. Der Informationsgehalt, die Mitteilung von Daten und Fakten, ist beachtlich. Anzuerkennen ist auch das Bemühen des Verfassers, die beobachteten demographischen Phänomene zu erklären und theoretisch zu fundieren. An den chronologisch, in neun Kapitel gegliederten Text schließen sich 40 Seiten Statistik, graphische Darstellungen, ein knappes Glossar und eine neunseitige Auswahlbibliographie an. Die Einleitung macht bereits deutlich, warum die beiden letzten Jahrhunderte für die deutsche Bevölkerungsgeschichte so interessant sind. In dieser Zeitspanne wandelten sich die »generativen Strukturen«, die »Konstellation demographischer Werte«, grundlegend, und zwar durch eine Verdopplung der Lebenserwartung, eine Verringerung der Geburtenzahl je Frau auf ein Drittel und eine Verkürzung des Generationenabstandes um fast ein Viertel; die Bevölkerung wuchs um das Dreifache. Der geläufige Terminus zur Bezeichnung des Wandels ist »Demographischer Übergang«. Wenn Marschalck den Übergang von der »agrарischen (vorindustriellen)« zur »industriellen Bevölkerung« verlaufen sieht, so überzieht er begrifflich die Bedeutung der Ökonomie. Faktoren wie Konfession, Mentalität, politische Rahmenbedingungen werden dadurch überdeckt. Marschalck geht in der Einleitung auch knapp auf die Quellen ein. Die von ihm behandelte Zeit unterscheidet sich von der vorangehenden durch die Verbesserung der statistischen Grundlagen. Preußen richtete 1805 ein statistisches Amt ein, Bayern 1808, Württemberg 1820. Die Zollvereinsstatistik (ab 1834) weitete den Bereich statistischer Erfassung über den größten Teil Deutschlands aus, erfaßte aber nicht alle deutschen Länder, wie Marschalcks Ausführungen (S. 11) nahelegen. Zwei Ziele stellt er sich in seinem Buch: Primäres Ziel ist die Analyse der Bevölkerungsentwicklung, die durch Geburt, Tod und Wanderung bestimmt wird, in zweiter Linie geht es ihm um eine Erklärung der Ursachen für die eingetretenen Veränderungen. Die Ursachenforschung hält er nicht für sinnvoll, wenn Bevölkerungsentwicklungen nur in Umrissen bekannt sind. Entsprechend der Abstufung der Ziele läßt die Faktorenanalyse des Verfassers in der Tat zu wünschen übrig. Marschalck ist sich, wie das Schlußkapitel (IX) zeigt, dieses Mangels selbst bewußt.

Kapitel I befaßt sich mit der vorindustriellen Bevölkerung, für die hohe Werte der Fruchtbarkeit und eine niedrige Lebenserwartung charakteristisch waren. Die Lebenserwartung stieg aber schon im 18. Jahrhundert an. Der Fruchtbarkeit steuerten herrschaftliche Ehebeschränkungen für Personen ohne Erwerbsmöglichkeit und die Diskriminierung der außerehelichen Geburt entgegen. Marschalck stellt für diese Zeit nicht genügend heraus, daß das Wissen von Verhütungspraktiken, gemessen an den letzten zwei Jahrhunderten, niedriger war. Die kontinentalen Wanderungen (nach Preußen, in die Habsburger Länder oder nach Rußland) waren in der frühen Neuzeit bedeutender als die nach Übersee.